Anlage 1:
»Vordruck zum Teilnahmeantrag«

Ich/ wir gebe(n) einen Teilnahmeantrag für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung nach SektVO für die Vergabe der Leistungen für die Elektrotechnische Anlagen im FHW Bad Elster ab.

Zum Nachweis meiner/unserer Eignung mache(n) ich/wir die nachfolgenden Angaben und füge(n) die entsprechenden Nachweise bei. Mir/ uns ist bekannt, dass unvollständige oder nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Unterlagen zum Ausschluss führen können.

Angaben zum Bewerber	
Name/ Bezeichnung	:
Anschrift	:
Arbeitsschwerpunkte	:
Ansprechpartner	:
Telefon	:
Telefax	:
E-Mail	:

Dem Teilnahmeantrag liegen die Vergabeunterlagen von eins energie in sachsen GmbH & Co. KG (im Folgenden „**eins**“) zugrunde. Ich/ wir habe(n) die gemäß dem Vordruck zum Teilnahmeantrag sowie dem Leitfaden (Bewerbungsbedingungen) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise in der Anlage zu diesem Vordruck beigefügt. Sie sind Bestandteil dieses Teilnahmeantrags.

➢ Wir sind eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (nachfolgend „**Bietergemeinschaft**“):

☐ Ja ☐ Nein

wenn ja: Wir bestehen aus den folgenden Mitgliedern (Name):

1. .....

2. .....

3. .....

4. .....

Mitglied Nr. ..... ist bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft. Bevollmächtigter Vertreter dieses Mitglieds ist:

Name: .....

Dienstsitz: .....

Telefon: .....

Telefax: .....

E-Mail: .....

Nähere Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ergeben sich aus der Erklärung zur Bietergemeinschaft.

➢ Wir sind ein ausländisches Unternehmen mit Sitz in: …… (Staat).

Es folgt eine **abschließende Liste der auszufüllenden Unterlagen**, die in die Punkte Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen (Nr. I), Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Nr. II) sowie sonstige Erklärungen und Unterlagen (Nr. III) unterteilt ist.

Die in dieser Liste angekreuzten Erklärungen sind unter Verwendung der dafür vorgesehenen Original-Formblätter diesem Teilnahmeantrag beigefügt.

Die im Vordruck angekreuzten Erklärungen sind zwingend auszufüllen. Sie sind für jeden Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer einzureichen. Die gemäß Anlagen 14.1 und 14.3 geforderten Unterlagen zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die gemäß Anlagen 16.2 und 16.3 geforderten Unterlagen zum Nachweis der Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit müssen vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft in der Form eingereicht werden, dass die Anforderungen insgesamt (kumuliert) erfüllt werden.

I. Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

1. ☒ Formblatt »Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB« (**Anlage 2**)
2. ☒ Formblatt »Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften« (**Anlage 3**)
3. ☒ Formblatt »Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz« (**Anlage 4**)
4. ☒ Formblatt »Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB« (**Anlage 5**)
5. ☒ Formblatt »Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe« (**Anlage 6**)
6. ☒ Formblatt »Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer « (**Anlage 7**)
7. ☒ Formblatt »Erklärung der Bietergemeinschaft« (**Anlage 8**)
8. ☒ Formblatt »Erklärung zur Projektkommunikation« (**Anlage 9**)
9. ☒ Formblatt »Vertraulichkeitsvereinbarung« (**Anlage 10**)
11. ☒ Formblatt »Erklärung zum Datenschutzbeauftragten« (**Anlage 11**)
12. ☒ Formblatt »Datenschutzerklärung des Auftraggebers« (**Anlage 12**)
13. ☒ Formblatt »Erklärung zur Sicherheitsfachkraft« (**Anlage 13**)
14. ☒ Formblatt »Eigenerklärung zum EU-Sanktionspaket« **(Anlage 14)**

15. ☒ Formblatt »Eigenerklärung zur Einhaltung des Verhaltenskodex Nachhaltigkeit« **(Anlage 15)**

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Folgende im Bekanntmachungstext geforderten Eigenerklärungen, Nachweise und Unterlagen sind als gesonderte Anlagen beigefügt:

Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Anlage 16 und 17)

1. ☒ Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers/ des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft im Bereich Errichtung elektrotechnischer Anlagen für mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Leistungen der Geschäftsjahre (2022-2024). Die Eigenerklärung muss den Umsatz für vergleichbare Leistungen gemäß Auftragsgegenstand enthalten. **(Anlage 16.1)**

3. ☒ aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate) **(Anlage 16.2)**

4. ☒ Eigenerklärung zur Werk- und Montageplanung **(Anlage 16.3)**

5. ☒ Eigenerklärung über festangestellte Mitarbeiter **(Anlage 16.4)**

6. ☒ Formblatt »Versicherungen« **(Anlage 17)**

Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit (Anlage 18)

1. ☒ Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung gemäß § 49 Abs. 1 SektVO **(Anlage 18.1)**

2. ☒ Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse des Bewerbers aus vergleichbaren Projekten: Referenzprojekte bezogen auf die letzten 10 Jahre **(Anlage 18.2)** und gegebenenfalls ergänzende Darstellungen **(Anlage 18.3)**

3. ☒ Formblatt »Nachweis zur Eintragung im Installateursverzeichnis eines Stromnetzbetreibers« **(Anlage 19)**

III. Sonstige Erklärungen und Unterlagen

Folgende sonstigen Erklärungen und Unterlagen sind zusätzlich beigefügt:

☒ Rechtliche Hinweise **(Anlage 20)**

☒ Übersicht sonstige Anlagen zum Teilnahmeantrag **(Anlage 21)**

Ich/ wir bestätige(n) die Richtigkeit der in diesem Teilnahmeantrag und in den beigefügten Anlagen gemachten Angaben.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift[1]

Hinweis: *Wird der Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.*

[1] Eine rechtsverbindliche Unterschrift liegt dann vor, wenn die zur Vertretung berechtigten Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter den Teilnahmeantrag und sämtliche Erklärungen in vertretungsberechtigter Anzahl unterzeichnet haben. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Teilnahmeantrag ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z.B. Vollmacht) beizufügen.

Anlage 2:

»Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB«

Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB

2.1 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 3 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen.

Keine Person, deren Verhalten dem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, wurde wegen Verstoßes gegen eine der nachfolgenden Vorschriften rechtskräftig verurteilt:

- §§ 129, 129a oder 129b des Strafgesetzbuches,
- §§ 89c des Strafgesetzbuchs oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs,
- § 263 des Strafgesetzbuchs,
- § 264 des Strafgesetzbuchs,
- § 299 des Strafgesetzbuchs,
- § 108e des Strafgesetzbuchs,
- §§ 333 oder 334 des Strafgesetzbuches, jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuches,
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung und
- §§ 232, 233 oder 233a des Strafgesetzbuchs.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße nach den vorgenannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB).

Ein Verhalten einer Person ist einem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen, wenn eine Person, die für die Führung der Geschäfte dieses Bewerbers/ Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft verantwortlich handelt, selbst gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft handelnden Person vorliegt (§ 123 Abs. 3 GWB).

2.2 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3 bis 9 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen:

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- das Unternehmen
  - hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
  - hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
  - hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 3:

»Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften«

Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren ist ein Bewerber gemäß § 123 Abs. 4 GWB zu jedem Zeitpunkt auszuschließen, wenn:

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
- die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer vorgenannten Verpflichtung nachweisen können.

Ebenso können Bewerber vom Vergabeverfahren nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Dies vorausgeschickt erklären wir folgendes:

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/ sind.

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir alle Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft erfülle/n und in den vergangenen Jahren erfüllt habe/n.

Mein/ unser Betrieb ist Mitglied folgender Berufsgenossenschaft(en):

_____	_____
(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)	(Mitgliedsnummer)
_____	_____
(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)	(Mitgliedsnummer)

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung und vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren in Bezug auf meine/unsere Eignung meinen /unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 4:
»Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz«

Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt, dass keine Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz, das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in der Person des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft vorliegen.

Straf- und Bußgeldverfahren wegen Verstoßes/ Verstößen gegen die genannten Gesetze sind weder gegen den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft anhängig.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 5:
»Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB«

Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Ein Unternehmen kann nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB zu jedem Zeitpunkt von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich/ wir erkläre(n), dass über das Vermögen des Unternehmens, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahren mangels Masse abgelehnt worden ist.

Ich/ wir erkläre(n), dass sich das Unternehmen, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

_____	_____
Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 6:
»Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe«

Eignungsleihe

☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **nicht**, uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen.

☐ Ich/ wir beabsichtige(n), uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde in den folgenden Bereichen

_____

_____

_____

_____

der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen. Das andere Unternehmen hat auf nachfolgendem Formblatt eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgegeben.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)[1]

[1] Vgl. Fußnote 1.

Verpflichtungserklärung
zur Verfügbarkeit von Mitteln anderer Unternehmen nach § 47 Abs. 1 SektVO

(Unternehmen)

(Straße) (Postleitzahl) (Ort)

(gesetzlicher Vertreter)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber diesem die nachstehend benannten Mittel (Einrichtungen, Know-how usw.) zur Verfügung zu stellen:

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (verpflichtetes Unternehmen)

Anlage 7:

»Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer«

Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer

☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **keine** Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer einzusetzen.

☐ Ich/ wir beabsichtige(n), die nachfolgend aufgeführten Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer in den folgenden Bereichen einzusetzen:

_____

_____

_____

_____

Der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer hat sein Einverständnis, die angegebenen Teilleistungen zu erbringen, durch Unterschrift auf nachfolgendem Formblatt bestätigt.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer (§ 34 Abs. 1 SektVO)

Zur Ausführung der nachfolgend genannten Teilleistungen sind folgende Unterauftragnehmer bereit:

Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer Nr. ___

(Unternehmen)

(Straße) (Postleitzahl) (Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum) (Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers)

Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer Nr.___

(Unternehmen)

(Straße) (Postleitzahl) (Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum) (Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers)

Hinweis: *Sollte sich der Bewerber/ die Bietergemeinschaft mehrerer Unterauftragnehmer/* Nachauftragnehmer *für die Leistungserbringung bedienen und sich auf dessen Leistungsfähigkeit berufen, ist für jeden weiteren* Nachauftragnehmer *ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des* Nachauftragnehmer*s fortlaufend einzutragen.*

Anlage 8:
»Erklärung der Bietergemeinschaft«

Erklärung der Bietergemeinschaft

☐ Ich/ wir gebe(n) mein/ unser Angebot **nicht** als Bietergemeinschaft ab.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)[1]

☐ Wir bilden eine Bietergemeinschaft und geben hiermit die hierfür vorgesehene Erklärung ab:

Erklärung der Bietergemeinschaft (§ 50 SektVO)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

geschäftsführendes Mitglied

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

Mitglied Nr.___

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

[1] Vgl. Fußnote 1.

erklären hiermit verbindlich, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären, dass

- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aufgeführt sind und das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied der Bietergemeinschaft und späteren Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder sowohl der Bieter- als auch der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Erklärungen entgegenzunehmen und Zahlungen anzunehmen und
- alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift
Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *1. Sollte die Bewerber-/ Bietergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, ist für jedes weitere Mitglied ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Mitgliedes fortlaufend einzutragen. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

2. Wenn ein Mitglied einer Bietergemeinschaft selbst auch ein eigenes Angebot abgibt, bedingt dies regelmäßig den Ausschluss beider Angebote (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 16.09.2003 – VII Verg 52/03).

Anlage 9:
»Erklärung zur Projektkommunikation«

1. Erklärung zur Projektkommunikation

Ich/ wir erklären, dass die Kommunikation mit dem Auftraggeber und sämtlichen am Projekt beteiligten Dritten, insbesondere durch die Projektleitung, in deutscher Sprache erfolgt. Dies beinhaltet die Abwicklung des Projekts, jeglichen Schriftwechsel, sämtliche Besprechungen und die Erzeugung von Dokumenten.
Ausgenommen hiervon sind fachspezifische Begrifflichkeiten.

Ich/ wir erklären, dass alle dem AG zu übermittelnde Dokumente in einem orthografisch und grammatikalisch korrekten Deutsch erstellt werden.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

_____	_____
Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 10:
»Vertraulichkeitsvereinbarung«

Vertraulichkeitsvereinbarung

Zwischen

eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt

und

nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt

Präambel

Der AG beauftragt den AN mit der Errichtung

Elektrotechnischer Anlagen sowie der zugehörigen Peripherie im FHW Bad Elster.

Hierzu stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer vertrauliche Informationen, Daten, Unterlagen und/oder sonstige nicht allgemein zugangliche Informationen sowie Einsicht in die DV-Systeme oder Anlagenteile zur Verfügung.

Die in diesem Zusammenhang von den Vertragsparteien zur Verfügung gestellten Daten und Informationen (nachfolgend als vertrauliche Informationen bezeichnet) sind nach Maßgabe dieser Vereinbarung vertraulich zu behandeln.

§ 1 Definition

Als vertrauliche Informationen im Sinne der vorliegenden Vereinbarung gelten:

Informationen und Daten jeglicher Art, die sich die Vertragsparteien schriftlich, mündlich, digital oder in anderer Form im Rahmen der in der Präambel genannten Beauftragung zugänglich machen sowie alle technischen, finanziellen und kommerziellen Informationen;
Informationen (unabhängig von der Verbreitungsform oder dem vermittelnden Datenträger, insbesondere aktualisierende und ergänzende Informationen sowie alle Informationen und schriftlichen oder elektronischen Dokumenten, die die Parteien miteinander direkt oder indirekt austauschen), die der Auftraggeber ausdrücklich als vertraulich oder gemeinhaltungsbedürftig bezeichnet, besonders kennzeichnet oder deren Vertraulichkeit sich aus ihrem Gegenstand oder sonstigen Umständen ergibt. Dies gilt auch, wenn die vertraulichen Informationen von Dritten stammen und dem Empfänger von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden;

geheimhaltungspflichtige Daten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind nur solche Informationen,

a) die bereits öffentlich bekannt sind
b) die die Vertragsparteien nach gesetzlichen Bestimmungen offen zu legen haben. In diesem Fall wird die Partei, welche eine Veröffentlichung anstrebt, unverzüglich und vor Veröffentlichung dieser Informationen die jeweils andere Vertragspartei hiervon unterrichten und das weitere Vorgehen abstimmen.

§ 2 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die von der jeweils anderen Vertragspartei direkt oder indirekt erhaltenen vertraulichen Informationen

a) streng vertraulich zu behandeln,

b) nicht unabhängig, insbesondere zu Wettbewerbszwecken zu verwerten,

c) Dritten nicht zugänglich bzw. öffentlich bekannt zu machen,

d) ausschließlich für den in der Präambel dargelegten Zweck zu verwerten.

§ 3 Rückgabe von Unterlagen/Berechtigungen

Unmittelbar nach der Beendigung der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien sämtliche vertraulichen Informationen, soweit sie in verkörperter Form vorliegen, zurückgeben und, soweit elektronisch gespeichert, vollständig vernichten und deren Vernichtung nachweisen sowie erhaltene Berechtigungen zum Zugriff auf DV-Systeme der **eins** zurückgeben.

Vorgenanntes gilt nicht, sofern die empfangende Partei zur Aufbewahrung von Kopien aufgrund zwingender gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften verpflichtet ist. In diesen erfolgt die Rückgabe der betroffenen Information erst nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist.

§ 4 Verwertungsrechte

Alle etwaigen Verwertungsrechte an übergebenen Informationen verbleiben bei der jeweiligen Vertragspartei. Lizenzen oder sonstige Nutzungsrechte, gleich welcher Art, werden durch diese Vereinbarung nicht eingeräumt.

§ 5 Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO und sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Er wird auch seine mit der in der Präambel genannten Aufgabe beauftragten Mitarbeiter auf die Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO verpflichten.

§ 6 Laufzeit

Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt beginnend mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung und gilt auf unbestimmte Zeit.

§ 7 Sonstiges

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung, einschließlich des hier vereinbarten Formerfordernisses, bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Ausschließlicher Gerichtsstand ist Chemnitz. Es findet deutsches Recht Anwendung.

Im Auftragsfall wird diese Vertraulichkeitsvereinbarung Vertragsbestandteil. Der Bewerber erkennt mit seiner Unterschrift die vorher aufgeführte Vertraulichkeitsvereinbarung vollumfänglich an und beachtet die Bestandteile der § 1-7 im Verlaufe des Vergabeverfahrens.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 11:

»Erklärung zum Datenschutzbeauftragten«

Erklärung zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragen und der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundsatzverordnung (DSGVO) und nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

☐ Ich/ wir erklären, dass kein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), § 38 Bundesdatenschutzgesetz –neu- (BDSG –neu-) zu bestellen ist, da die diesbezüglichen Voraussetzungen des Art. 37 Abs. 1 DSGVO nicht vorliegen.

☐ Ich/ wir erklären, dass ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 DSGVO, § 38 BDSG –neu- bestellt wurde.

Kommunikationsdaten des/ der Datenschutzbeauftragten sind:

_____

_____

☐ Erklärung der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) unter Beachtung der wettbewerblichen Gegebenheiten zur Vermeidung von Weitergabe von Kundendaten und Betriebsinterna an Konkurrenzunternehmen

Ich/ wir erklären weiterhin, dass

☐ Durchsetzung von Anordnungen gemäß Art. 83,84 DSGVO der Aufsichtsbehörde für Datenschutz

☐ Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz

☐ Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach der DSGVO und dem BDSG

nicht vorliegen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 12:
»Datenschutzerklärung des Auftraggebers«

1. Datenschutzerklärung nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Das umfasst folgende Kategorien personenbezogener Daten: Stammdaten (z.B. Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse), Vertragsdaten (z.B. Kundennummer), Kontaktdaten, Abrechnungsdaten und Bankdaten sowie vergleichbare Daten.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist eins energie in sachsen GmbH & Co.KG, Johannisstraße 1, 09111 Chemnitz. Sie erreichen unsere/n Datenschutzbeauftragte/n per E-Mail: Datenschutz@eins.de.

2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

2.1 Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsanbahnung und -abwicklung (Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO)

Die Verarbeitung der Daten ist für die Vertragsanbahnung, -durchführung und Abrechnung Ihres Vertrages erforderlich.

2.2 Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs.1 a DS-GVO)

Soweit wir von Ihnen eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke eingeholt haben, ist die Verarbeitung auf dieser Basis rechtmäßig. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Das gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor der Geltung der DS-GVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Der Widerruf der Einwilligung erfolgt für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

2.3 Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse (Art. 6 Abs. 1 f DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre Daten in zulässiger Weise zur Wahrung unserer berechtigten Interessen und berechtigter Interessen Dritter.
Das umfasst die Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten auch, um

- Ihnen Produktinformationen über Energie-, Wasser- und Wärmeprodukte (z.B. Energieerzeugung, -belieferung, Energieeffizienz, Elektromobilität und sonstige energienahe Leistungen und Services), Telekommunikationsprodukte und -dienstleistungen zukommen zu lassen.
- Maßnahmen zur Verbesserung und Entwicklung von Services und Produkten durchzuführen, um Ihnen eine kundenindividuelle Ansprache mit maßgeschneiderten Angeboten und Produkten anbieten zu können.
- Markt- und Meinungsforschung durchzuführen bzw. von Markt- und Meinungsforschungsinstituten durchführen zu lassen. Dadurch verschaffen wir uns einen Überblick über Transparenz und Qualität unserer Produkte, Dienstleistungen und Kommunikation und können diese im Sinne unserer Kunden ausrichten bzw. gestalten.
- in Konsultation und Datenaustausch mit Auskunfteien (z.B. Schufa, Creditreform) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Zahlungsausfallrisiken zu treten, insbesondere bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 BDSG.
- rechtliche Ansprüche geltend zu machen und zur Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten.
- Straftaten aufzuklären oder zu verhindern
- Adressermittlungen durchzuführen (z.B. bei Umzug)
- Ihre Daten anonymisiert zu Analysezwecken zu verwenden
- den Datenaustausch mit Vertriebspartnern zu Anmeldezwecken, Reklamationen, Durchführung und Erfüllung der Vertragsverhältnisse vorzunehmen.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber zuvor informieren.

2.4 **Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DS-GVO)**

Als Unternehmen unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Messstellenbetriebsgesetz, Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung sowie zur Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, erforderlich machen.

2.5 **Bonitätsprüfung**

Unser Unternehmen ist berechtigt, eine Bonitätsauskunft über unsere Vertragspartner einzuholen. Zu diesem Zweck übermittelt unser Unternehmen Ihren Namen und Ihre Anschrift an die Wirtschaftsauskunfteien

- Creditreform Hof Lippoldt & Ritter
  Thomasstr. 32 in 95028 Hof,
- CRIF Bürgel-Chemnitz Richter GmbH & Co. KG
  Zwickauer Str. 74 in 09112 Chemnitz
  sowie die Warenkreditversicherung
- Atradius Kreditversicherung
  Niederlassung der Atradius Crèdito y Cauciòn S.A. de Seguros y Reaseguros
  Opladener Str. 14 in 50679 Köln

Bei Vorliegen einer negativen Bonität kann unser Unternehmen ein Vertragsverhältnis ablehnen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist eine Interessenabwägung. Unser berechtigtes Interesse besteht in der Bewertung Ihrer Bonität und Reduzierung des Risikos von Zahlungsausfällen.

3. Kategorien von Empfängern / Weitergabe personenbezogener Daten / Drittland

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke brauchen (s. 2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten). Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben.
Empfänger personenbezogener Daten können z.B. sein: Druckdienstleister, Callcenter, Analysespezialisten, Auskunfteien, Messstellen- und Netzbetreiber. Wir arbeiten auch mit Dienstleistern zusammen, die nicht im Rahmen einer Auftragsverarbeitung für uns tätig werden, z.B. ausgewählte Fachbetriebe und Handwerker. Die Weitergabe der Daten ist zur effizienten Erfüllung unseres Vertrages mit Ihnen bzw. zur Erfüllung unserer Vertragspflichten erforderlich

4. Dauer der Speicherung bzw. Löschung personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o.g. Zwecke (s. 2. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten). Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO). Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre nach Vertragsende, Ihre personenbezogenen Daten löschen.

5. Betroffenenrechte / Ihre Rechte

Bei Fragen oder Beschwerden zum Datenschutz können Sie sich gerne an unser Unternehmen eins energie in sachsen GmbH & Co.KG, Johannisstraße 1, 09111 Chemnitz, Datenschutz@eins.de wenden. Das umfasst das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 35 DS-GVO. Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden.

5.1 **Widerspruchsrecht**

Sofern wir eine Verarbeitung von Daten zur Wahrung unserer berechtigten Interessen (siehe 2.3 Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse) oder im öffentlichen Interesse (siehe 2.4 Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse) vornehmen, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit das Recht, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Das umfasst auch das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen.

5.2 **Widerrufsrecht bei einer Einwilligung**

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden (siehe 2.2 Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung)

6. Bereitstellung personenbezogener Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten (s. Kategorien personenbezogener Daten) bereitstellen, die für die Aufnahme und Durchführung der Geschäftsbeziehung und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen.

7. Automatisierte Entscheidungsfindung

Zur Begründung und Durchführung dieses Vertrages findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt.

8. Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Wir verarbeiten auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen z.B. aus Schuldnerverzeichnissen, Grundbüchern, Handels- und Vereinsregistern, der Presse und dem Internet zulässigerweise gewinnen dürfen. Außerdem nutzen wir personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Unternehmen innerhalb unseres Konzerns oder von Dritten, z.B. Auskunfteien, erhalten.

9. Änderungsklausel

Da unsere Datenverarbeitung Änderungen unterliegt, werden wir auch unsere Datenschutzinformationen von Zeit zu Zeit anpassen. Wir werden Sie über Änderungen rechtzeitig informieren.

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir die Datenschutzerklärung nach Artikel 13 und 14 zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) des Auftraggebers zur Kenntnis genommen haben und akzeptieren.

Ich/ wir bestätige(n) dies mit meiner/ unserer Unterschrift.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeden Nachunternehmer ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

Anlage 13:
»Erklärung zur Sicherheitsfachkraft«

Erklärung zur Bestellung einer Fachkraft für Arbeitssicherheit

☐ Ich/ wir erklären, dass eine Fachkraft für Arbeitssicherheit nach § 5 Arbeitssicherheitsgesetz zur Wahrnehmung der in § 6 Arbeitssicherheitsgesetz bezeichneten Aufgaben bestellt wurde.

Kommunikationsdaten des/ der Sicherheitsfachkraft sind:

_____

_____

Ich/ wir erklären weiterhin, dass

☐ die Fachkraft für Arbeitssicherheit im Unternehmen beschäftigt ist.

☐ die Fachkraft für Arbeitssicherheit einem externen sicherheitstechnischen Dienst angehört/ freiberuflich tätig ist.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 14:

»Eigenerklärung zum EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine«

Im Rahmen des EU-Sanktionspakets im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurde folgender Artikel in die Verordnung (EU) 2022/576 aufgenommen:

Artikel 5k:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftrags-vergabe in Anspruch genommen werden.

Ich/ Wir erkläre(n), dass keine der o. g. Ausschlussgründe für eine öffentliche Auftragsvergabe oder Konzessionsvergabe bzw. eine Vertragsweiterführung auf mich/ uns zutreffen. Des Weiteren verpflichte(n) ich/ wir mich/ uns, auch im Rahmen der Vertragsausführung keine Änderungen vorzunehmen (z. B. durch Einbindung eines Unterauftragnehmers), die gegen die o. g. Ausschlussgründe verstoßen.

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 15:

»Eigenerklärung zur Einhaltung des Verhaltenskodex Nachhaltigkeit«

Präambel

Die eins-Gruppe übernimmt in allen unternehmerischen Aktivitäten (eigene Mitarbeitende und Mitarbeitende ihrer Lieferkette) ein besonders hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung und achtet die internationalen Menschenrechte, schützt und unterstützt diese.
Um dies zu verstärken, setzt sich die eins-Gruppe dafür ein, dass alle Leistungen, die zum Geschäftserfolg beitragen, den Belangen der gegenwärtigen wie der zukünftigen Generationen gerecht werden.

Der vorliegende Verhaltenskodex für Lieferanten zeigt die gleiche Erwartungshaltung an die Lieferanten der eins-Gruppe auf, die sie auch sich selbst auferlegt hat. Nachhaltiges Lieferantenmanagement und wertschätzende Geschäftsbeziehungen haben dabei eine hohe Bedeutung.
Die eins-Gruppe möchte im Dialog einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess mit ihren Lieferanten vorantreiben, der auch zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Durch die Kommunikation dieser Werte sollen die bereits bestehenden Partnerschaften intensiviert und neue, diesen Prinzipien folgende, Geschäftsbeziehungen aufgebaut werden.

Die Grundsätze dieses Lieferantenkodex bilden eine bedeutsame Grundlage für die Lieferantenauswahl und -bewertung. Die Lieferanten der eins-Gruppe stellen dabei die Anwendung der Prinzipien des Verhaltenskodex sicher, und informieren ihre zuständigen Mitarbeitenden über diese Verhaltensprinzipien. Darüber hinaus ergreifen sie Maßnahmen, welche die Umsetzung der jeweiligen Bestimmungen durch ihre zuständigen Mitarbeitenden sicherstellen.

Darüber hinaus haben die Lieferanten der eins-Gruppe auch auf ihre eigenen Vorlieferanten einzuwirken und durch angemessene Maßnahmen auf eine Einhaltung entlang der Lieferkette hinzuwirken.

Jeder Verstoß gegen die im Verhaltenskodex für Lieferanten genannten Verpflichtungen wird als Störung der Geschäftsbeziehung betrachtet. Die eins-Gruppe behält sich entsprechende Maßnahmen vor.

Die eins-Gruppe hat dabei folgende Schwerpunktbereiche identifiziert, die für ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung in der Wertschöpfungskette sowie die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten ausschlaggebend sind:

1 Arbeits- und Menschenrechte

Menschenrechte
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass der Schutz und der eigene Beitrag zu den international geltenden Menschenrechten eine zentrale Rolle in ihrem Unternehmensleitbild und allen Tätigkeiten spielt. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung und Vermeidung von Kinderarbeit, die Beseitigung von Zwangsarbeit, das Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf und das Recht auf Kollektivverhandlungen und auf Vereinigungsfreiheit. Es soll sichergestellt sein, dass die Mitarbeitenden der Lieferanten fair behandelt werden und weder unter Missbrauch, Belästigung, körperlicher Bestrafung und Folter, oder unter Drohung und Zwang ihre Tätigkeit ausführen müssen. Außerdem sind sie dazu aufgefordert sicherzustellen, dass auch in ihrer Lieferkette keine Menschenrechtsverletzungen erfolgen.

Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden geschützt und die Sicherheit am Arbeitsplatz durch Präventionsmaßnahmen, wie regelmäßige Kontrollen und Begutachtungen, sichergestellt ist. Das vorrangige Ziel soll das Vermeiden von gesundheitlichen Schäden sein.

Diversität und Inklusion
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten Gleichberechtigung im Umgang mit ihren Mitarbeitenden. Sie fordert dazu auf das Arbeitsumfeld der Mitarbeitenden ihrer Lieferanten vor Diskriminierung oder Belästigung Einzelner zu schützen.

Einhaltung gesetzlicher arbeitsrechtlicher Anforderungen
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass die jeweils vorgegebenen geltenden gesetzlichen Regelungen sowie die ILO-Standards zur Arbeitszeit der Mitarbeitenden eingehalten werden. Die Lieferanten sind dazu verpflichtet sich an die Vorgaben zum Mindestlohngesetz (MiLoG) in Deutschland zu halten. Die Vergütung der Mitarbeitenden soll generell in fairer und wettbewerbsfähiger Weise erfolgen.

2 Ethik

Integrität im Geschäftsverkehr und Antikorruption
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass diese ihre Geschäftstätigkeit integer ausüben. Das beinhaltet, dass die für sie tätigen Lieferanten Korruption, Erpressung, Untreue, Unterschlagung und Geldwäsche in jeglicher Form verbieten, nicht selbst praktizieren und nicht dulden. Weiterhin dürfen keine gesetzeswidrigen Zahlungen oder sonstigen Zuwendungen an Mitarbeitende oder Amtsträgerinnen und Amtsträger gewährt werden, um Entscheidungsfindungen zu beeinflussen. Es darf

nicht gegen geltende Gesetze oder ethische Standards verstoßen werden und es dürfen keine rechtskräftigen Verurteilungen wegen Steuervergehen, Kartellabsprachen, Bestechungsdelikte oder sonstiger vorsätzlicher Straftaten vorliegen.

Interessenskonflikte
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass sie über jede Situation informieren, die zu einem Interessenkonflikt führen könnte. Das beinhaltet z. B. wenn Mitarbeitende der eins-Gruppe berufliche, private und/oder erhebliche finanzielle Vorteile durch die Zusammenarbeit mit Lieferanten genießen oder Beteiligungen an einem Unternehmen des Lieferanten haben.

Fairer Wettbewerb
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass alle geltenden nationalen und internationalen Kartellgesetze beachtet und eingehalten werden. Dies umfasst, dass die Lieferanten gegen unlauteren, intransparenten und eingeschränkten Wettbewerb vorgehen und nach Möglichkeit entsprechende Präventivmaßnahmen ergreifen.

Datenschutz
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass der Schutz vertraulicher Informationen und geistiger Eigentumsrechte in angemessener und gesetzeskonformer Weise gehandhabt werden. Es wird vorausgesetzt, dass sie vertrauliche Daten und Informationen nicht an Dritte weitergeben und dass diese zusätzlich nur gesichert abgespeichert sind.

3 Umwelt

Ressourcen- und Klimaschutz
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass sie einen schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern und diese in effizienter Weise nutzen.
Des Weiteren soll die Verwendung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien im Vordergrund stehen. Es soll ihnen ein Anliegen sein, die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Umwelt wie den Verlust der Biodiversität, den Klimawandel oder die Wasserknappheit aktiv zu verringern und hierbei durch eigene entwickelte Strategien tatkräftig entgegenzuwirken. Außerdem sollen sich die Lieferanten engagiert für klimafreundliche Verfahren, Materialien und Produkte einsetzen.

Abfall und Emissionen
Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass sie ihren Beitrag zur Reduzierung von anfallenden Abfallmengen leisten. Ebenso sollen die durch ihre Tätigkeiten entstehenden Emissionen in Luft, Wasser und Boden kontrolliert und minimiert werden.

Notfall- und Präventionsmaßnahmen und Umgang mit Gefahrstoffen

Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass bei der Entwicklung, Herstellung, sowie dem Transport, der Verwendung und der Entsorgung Ihrer Produkte, Sicherheit und Umweltverträglichkeit gefördert und gewährleistet werden. Der Schutz vor Gefährdung der eigenen Mitarbeitenden, als auch der gesamten Öffentlichkeit, muss durch Präventionsmaßnahmen und Risikotrainings sichergestellt sein. Zudem soll der Umgang mit Stoffen sowie der damit verbundenen Tätigkeiten, die möglicherweise eine negative Auswirkung auf die Menschen und die Umwelt darstellen, einer kontinuierlichen Kontrolle unterzogen und angemessen gehandhabt werden. Dies betrifft insbesondere auch solche Stoffe, die unter die REACH-Verordnung[1] fallen. Es muss sichergestellt sein, dass Gefahrenstoffe im direkten Umgang, wie in der Beschaffung, Handhabung, Bewegung, Lagerung, Wiederverwendung und Entsorgung, keine Gefahr für die Umwelt und die Menschen darstellen. Sie müssen aufgrund dessen explizit gekennzeichnet werden.

4 Managementsysteme

Lieferantenentwicklung

Die eins-Gruppe erwartet von ihren Lieferanten, dass in wertschätzender Zusammenarbeit die Nachhaltigkeitsperformance aller Beteiligten kontinuierlich verbessert wird. Dabei behält sie sich vor, ausgewählte Lieferanten aufzufordern einen Fragebogen zu Themen der Nachhaltigkeit auszufüllen und die getätigten Angaben zu überprüfen.

Auf Aufforderung sollen Lieferanten nachweisen können, dass allgemein anerkannte Qualitätsstandards erfüllt werden. Dabei tritt die eins-Gruppe in den direkten Dialog mit Lieferanten und führt Entwicklungsgespräche durch. Fokus bildet hierbei die kontinuierliche Verbesserung insbesondere in puncto Nachhaltigkeit und die zugehörige Dokumentation.

Beschwerdemechanismus

Die eins-Gruppe ist bestrebt, Verstöße gegen geltendes Recht, allgemeine Verhaltensstandards oder interne Grundsätze zu erkennen und abzustellen. Sie ist darauf angewiesen, dass potentielles Fehlverhalten gemeldet wird.

Bei Hinweisen auf Fehlverhalten sollte sich umgehend mit nachfolgend genanntem Vertrauensanwalt in Verbindung gesetzt werden:

[1] Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)

Herr RA Henry Christoph
Rechtsanwälte und Steuerberater
Leichthammer, Scheckel, Breil & Partner
Reichsstraße 35, 09112 Chemnitz
Tel.: + 49 - (0)371 - 3 82 48 20
Fax: + 49 - (0)371 - 3 82 48 21
Mail: Vertrauensanwalt-eins@lsb-partner.de

Die Kommunikation mit dem Vertrauensanwalt wird vertraulich und ohne jegliche Sanktionsmaßnahmen behandelt. Informationen über die Identität des Hinweisgebers oder über Umstände, die Rückschlüsse auf seine Identität zulassen würden, können nur weitergegeben werden, wenn

- dies für Folgemaßnahmen notwendig ist und der Hinweisgeber in die Weitergabe einwilligt, oder
- wenn dies eine verhältnismäßige Pflicht im Rahmen von Untersuchungen durch nationale Behörden oder von Gerichtsverfahren darstellt.

Eigenerklärung zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten der eins-Gruppe

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir den Verhaltenskodex für Lieferanten[2] der eins-Gruppe zur Kenntnis genommen habe(n) und dessen Inhalte als Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen akzeptiere(n) und einhalte(n).

Ich/ wir bestätige(n) dies mit meiner/ unserer Unterschrift[3].

Ort, Datum	Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

[2] abzurufen unter https://www.eins.de/ueber-eins/wir-sind-eins/marktpartner/vertragsbedingungen oder den Ausschreibungsbedingungen beigefügt
[3] Unterschrift eines Handlungsbevollmächtigten des Bieters/Auftragnehmers

Anlage 16:

»Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit«

1. **Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers/ des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft im Bereich Errichtung eines Kessels für mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare Leistungen der Geschäftsjahre (2022-2024). Die Eigenerklärung muss den Umsatz für vergleichbare Leistungen gemäß Auftragsgegenstand enthalten.**

Geschäftsjahr	**2022**	**2023**	**2024**
Umsatz			

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweise:

1. *Die Angaben des Umsatzes der Geschäftsjahre (2022,2023,2024) sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 14.1** beizufügen.*
2. *Aus den 3 genannten Umsatzwerten wird der Durchschnittswert gebildet und in die Wertung einbezogen.*
3. *Umsatzwerte der Mitglieder der Bietergemeinschaft werden kumuliert in die Wertung einbezogen.*
4. *Umsatzwerte von Nachauftragnehmern sind anzugeben, werden aber nicht in die Wertung einbezogen.*

2. Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate)

☐ Handelsregisterauszug

☐ _____

☐ _____

Hinweise:

1. *Der Nachweis der aktuell gültigen Eintragung in einem Berufs- und/ oder Handelsregister ist erforderlich, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist.*

2. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit des für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft /den Nachauftragnehmer nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft /der Nachauftragnehmer dies durch weitere oder andere Erklärungen erbringen.*

3. *Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlagen 14.2** beizufügen.*

3. Eigenerklärung zur Werk- und Montageplanung

☐	Die Werk- und Montageplanung wird komplett durch den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft durchgeführt.
☐	Die Werk- und Montageplanung wird durch ein nachgeordnetes Unternehmen durchgeführt.
☐	Die Werk- und Montageplanung wird zu Teilen durch den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft durchgeführt und zu Teilen ausgegliedert.

Für den Fall, dass die Werk- und Montageplanung nur zu Teilen durch den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft durchgeführt werden kann, ist zu erläutern welche Planungen voraussichtlich nicht durchgeführt werden können:

4. Eigenerklärung über die im Unternehmen oder der Bietergemeinschaft festeingestellten Mitarbeiter (Vollbeschäftigteneinheiten).

Mitarbeiteranzahl am 01.01.2025

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 17:
»Versicherungen«

Eigenerklärung Versicherung

Ich/ wir erkläre(n) die Bereitschaft, auf eigene Kosten Versicherungen im nachstehenden Umfang bzw. zu den nachfolgenden Konditionen entweder bereits zu unterhalten oder im Auftragsfalle abzuschließen:

- Betriebs-, Umwelt- und Produkthaftpflichtversicherung unter Einschluss mittelbarer Schäden für

  Personenschäden i.H.v. 5.000.000,-- EUR

  sonstige Schäden i.H.v. 5.000.000,-- EUR

Die Höchstersatzleistung für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres [zweifach maximiert] beträgt das doppelte der v. g. Deckungssumme.

Die Versicherung muss ab Vertragsabschluss bis zum Ablauf der letzten Gewährleistungsfrist aufrechterhalten werden. Sie muss die Haftung des Auftragnehmers für Personen-, Sach-, Tätigkeits- und Vermögensschäden abdecken.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 18:

» Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit «

1. Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung gemäß § 49 Abs. 1 SektVO

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat die Einhaltung der Qualitätssicherungssysteme, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert sind,

nachzuweisen (§ 49 Abs. 1 Satz 1 SektVO). Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, das dem Teilnahmeantrag als **Anlage 18.1** anzufügen ist.

Hinweise:

1. *Der Nachweis kann durch Vorlage der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantierten, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*

2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt (§ 49 Abs. 1 Satz 2 SektVO).*

3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Qualitätssicherungssysteme anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen (§ 49 Abs. 2 Satz 3 SektVO).*

2. Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse des Bewerbers aus vergleichbaren Projekten - Referenzprojekt auf die letzten 10 Geschäftsjahre

Hinweise: 1. E*s* ist das Formblatt des AG (**Anlage 18.2**) zu verwenden.
Die Referenzprojekte sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 18.2** beizufügen.
Zusätzliche Unterlagen müssen ebenso gekennzeichnet sein wie die Formblätter.

Referenzprojekte werden nur berücksichtigt, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Im Rahmen des Projektes wurde durch den Bewerber mindestens eine 10kV-Trafostation mit einer Leistungsübertragung zwischen 2 und 10 MW installiert.
- Im Rahmen des Projektes wurde für die Anlage die Bauhülle der Station mit errichtet.
- Der Projektumfang (Auftragswert für Gesamtprojekt ohne Umfang Wartungsvertrag) hat mindestens 400.000 Euro (netto) betragen.
- Das Projekt wurde in den letzten 10 Jahren abgeschlossen und die Mittelspannungsanlage erfolgreich in Betrieb genommen. Als Stichtag gilt der 01.07.2015. Ein Projekt ist damit nur als Referenz zulässig, wenn die Inbetriebnahme nach dem 01.07.2015 erfolgte.

2. Für jedes Referenzprojekt ist das Formblatt **Anlage 18.2** auszufüllen.

3. Für jede Referenz ist weiterhin eine Bestätigung des AG beizulegen.

4. Es sind mindestens 3 Referenzprojekte vorzulegen, maximal 6 Referenzprojekte sind wertungsrelevant.

5. Sollte die nachfolgende Darstellungsmöglichkeit (**Anlage 18.2**) für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft/ den Nachauftragnehmer zur Darstellung der Referenzen nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft diese durch weitere Darstellungen erbringen, die mit der vorgegebenen Form vergleichbar sind. Die Referenzdarstellung sollte in diesem Fall nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten je Referenz umfassen und ist dem Teilnahmeantrag ebenso als **Anlage 18.2** beizufügen.

Referenzprojekt (Anlage 18.2)	
Projektbezeichnung/ Ort der Leistungserbringung	
Leistungsumfang (Kurzbeschreibung Projekt und Benennung der erbrachten Leistungen)	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Eingesetztes Fabrikat	
el. Bruttoleistung BHKW	
Projektvolumen	☐ Projektvolumen < 500.000 € (netto) ☐ Projektvolumen ≥ 500.000 € (netto)
Benennung und Adresse des Auftraggebers	
Kontaktdaten Ansprechpartner des AG	
Referenzbestätigung des AG	☐ In Anlage 18.2 beigefügt

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 19:

»Nachweis zur Eintragung im Installateursverzeichnis eines Stromnetzbetreibers«

Nachweis der Eintragung in das Installateursverzeichnis der Mitnetz.

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die Einhaltung der Anforderungen an Arbeiten an elektrischen Anlagen nachzuweisen. Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, das dem Teilnahmeantrag als **Anlage 19.1** anzufügen ist.

Hinweise:

1. *Der Nachweis der Zulassung zu elektrotechnischen Arbeiten an netztechnischen Anlagenmuss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft muss garantierten, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*

2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen anderer Netzbetreiber anerkannt, wenn der Bieter vorrangig Arbeiten in anderen Netzgebieten ausführt.*

3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Nachweise anerkannt.*

Anlage 20:
»Rechtliche Hinweise«

Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die oben genannte Kontaktstelle zu richten.

Nachprüfungsantrag

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

Keine Entschädigung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.

_____ _____

Ort, Datum Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage 21:
»Sonstige Anlagen zum Teilnahmeantrag«

Neben den ausgefüllten / unterzeichneten Formblättern

- 2 bis 15
- 16 (inkl. Abschnitt 1 bis 4)
- 17
- 20 bis 21

sind dem Teilnahmeantrag folgende zusätzliche Anlagen beigefügt:

☐	Anlage 16.1	Umsatz der Geschäftsjahre (2024, 2023, 2022)
☐	Anlage 16.2	Handelsregisterauszug
☐	Anlage 18.1	Qualitätssicherung
☐	Anlage 18.2	Referenzen
☐	Anlage 18.3	Ergänzung Darstellung Referenzen
☐	Anlage 19	Nachweis zur Eintragung im Installateursverzeichnis eines Stromnetzbetreibers

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift